

FTA

Foreign
Trade
Association

FTA Position

Wiederbelebung der Doha-Entwicklungsrunde

FTA POSITION

Wiederbelebung der Doha-Entwicklungsrunde

Einleitung

Der multilaterale Handel braucht eine Stimulierung der Weltwirtschaft durch verbesserten Marktzugang und bessere Regeln. Ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda (DDA) wird Stabilität und Wachstum fördern, zwei dringend benötigte Faktoren in einem momentan schwachen Wirtschaftsklima.

In Cancun wurde deutlich, dass die Interessen der Entwicklungsländer (EL) in der WTO nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Deshalb ist es notwendig, angemessene Bedingungen in den Bereichen zu schaffen, die von grundlegender Bedeutung für die EL sind.

Der europäische Handel setzt sich nachdrücklich für eine Vollendung der Doha-Entwicklungsrunde ein. Bereits vor Cancun konnten Annäherungen erzielt werden. Beweis genug, dass die betroffenen Parteien zu Zugeständnissen fähig sind. Die WTO als Ganzes sollte daher nicht aufgrund einer fehlgeschlagenen Ministerkonferenz in Frage gestellt werden. Wenn das momentane System wegen mangelnder Verfahrensregeln nicht voll funktionsfähig ist, so muss die internationale Gemeinschaft daran arbeiten. Die FTA betont aber ausdrücklich, dass ein Stillstand des multilateralen Prozesses unter allen Umständen vermieden werden muss.

Bilaterale Lösungen stellen keine Alternative zum WTO Prozess dar. Ungleiches Wettbewerbsniveau wird zu unterschiedlichen Entwicklungen zwischen EL und am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) führen. Eine uneinheitliche Liberalisierung hätte nachteilige Auswirkungen vor allem auf den Entwicklungsprozess der Schwachen und Schwächsten. Der europäische Handel wäre Rechtsunsicherheit und mangelnder Transparenz im Ausland ausgesetzt.

Die FTA begrüßt die kürzlich abgegebenen Bekenntnisse nahezu aller WTO Mitglieder zum multilateralen System. Jetzt ist es wichtig, entsprechend zu handeln und die Doha-Gespräche in absehbarer Zeit zum Abschluss zu bringen.

Unter Berücksichtigung der angespannten Verhandlungssituation hat die Foreign Trade Association ihre Position überarbeitet.

Erwartungen der FTA bezüglich des Abschlusses der Doha-Runde

Die FTA befürwortet den neuen Ansatz der EU-Kommission, die sich nunmehr auf die wichtigsten Themen konzentriert, nämlich NAMA (Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse), Dienstleistungen, Singapurthemen und Landwirtschaft.

Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse (Non Agricultural Market Access - NAMA)

Der ursprüngliche FTA-Ansatz betreffend Zollsenkungen und Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse behält seine Gültigkeit. Er unterstützt die von der EU-Kommission vor und auch nach Cancun geforderte allgemeine Formel, die alle Güter umfassen und als Grundlage für die zukünftigen Verhandlungen dienen soll.

Aus Sicht der FTA kommt die von der EU-Kommission vorgeschlagene Zollsenkungsformel (Kompressionsmechanismus) den Hauptanforderungen des Handels an einen verbesserten Marktzugang nach: hohe Zölle werden stärker gesenkt als niedrige, die 15%-Marke wird nicht mehr überschritten.

Geringfügige Zölle sollen vollständig abgeschafft werden. Die FTA empfiehlt eine Grenze von 3% anstelle der von der Kommission vorgeschlagenen Grenze von 2%.

Außerdem begrüßt die FTA den Vorschlag, die Zölle für Textilien und Bekleidung sowie für Schuhwaren unter die vorgesehene Grenze zu senken, um den speziellen Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden. Die Forderung bestimmter Gruppierungen, Textil- und Bekleidungszölle auf dem momentanen Stand einzufrieren, sollte nicht akzeptiert werden.

Neben Zollsenkungen für Textilien und Bekleidung ist außerdem eine Harmonisierung der Zölle wünschenswert.

Anforderungen an Produktqualität, Produktkennzeichnung sowie nationale Untersuchungen und Zertifikate stellen nach wie vor nichttarifäre Handelshemmnisse dar. Daher ist eine Harmonisierung der technischen Anforderungen, beziehungsweise die Einführung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung, unbedingt notwendig.

Handel mit Dienstleistungen/ GATS

Der Dienstleistungssektor trägt mehr zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bei als jeder andere Wirtschaftszweig.

Im April 2003 unterbreitete die EU ein weitreichendes Angebot zur Liberalisierung des Vertriebs. Andere WTO Mitgliedsstaaten müssen nun folgen. Der Marktzugang für Dienstleistungen in Industriestaaten als auch in EL muss verbessert werden. Der Dienstleistungssektor bietet eine Vielzahl an wirtschaftlichen Möglichkeiten – auch für EL.

Die GATS-Regeln zu Modus 4 sollten es Dienstleistungsunternehmen ermöglichen, qualifiziertes Personal, insbesondere Manager, für einige Monate zwischen den WTO-Staaten hin und her zu bewegen. Mehr Flexibilität ist hier vor allem für den Vertriebssektor von großem Interesse, da die erfolgreiche Errichtung von Warenhäusern und Geschäften im Ausland sehr stark von Unternehmens-Know-how, Corporate Design und Unternehmensphilosophie abhängt. Außerdem sollte Modus 4 den wirtschaftsnahen Dienstleistern freien Verkehr ermöglichen.

Singapurthemen

Die FTA bedauert, dass die Singapurthemen (Handelsvereinfachung, Investitionen, Wettbewerb und Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen) in Cancun nicht weiter voran gebracht werden konnten. Momentan wird vordringlich die grundlegende Frage diskutiert, ob die Themen ein Teil des Single-Undertaking bleiben sollen.

Um der transparenten Regeln willen, die ein liberalisierter Handel erfordert, sollte dies die oberste Priorität für alle WTO-Mitgliedsstaaten sein. Weltweit vergleichbare Investitionsbedingungen, fairer Wettbewerb, minimale Bürokratie für den Handel und nachvollziehbare Entscheidungen bei öffentlichen Ausschreibungen sind im Interesse aller Beteiligten. Der Abschluss von Verhandlungen zu den vier Themen bis zum Ende der laufenden WTO-Runde – zusammen mit verbessertem Marktzugang - sollte oberste Priorität genießen.

Die FTA begrüßt daher die Erklärung der europäischen Kommission in ihrer Mitteilung an den Rat, das europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss von November 2003 in der es heißt:

„Beim Versuch, eine praktische Grundlage zu schaffen, sollte die EU daher von der Prämisse ausgehen, dass es weiterhin wünschenswert ist, diese Themen als integralen Bestandteil der DDA zu behandeln.“

Aber im Hinblick auf das angespannte Verhandlungsklima und die emotionale Herangehensweise der EL an die Singapurthemen würde die FTA eine Entbündelung der Themen akzeptieren, falls dies zur Abwendung eines endgültigen Scheiterns der DDA erforderlich werden sollte.

Dies betrifft vor allem Investitionen und Wettbewerb wohingegen Handelsvereinfachungen von den WTO-Ländern weniger kritisch betrachtet werden.

Trotz des Bekenntnisses der FTA zum Multilateralismus in allen WTO-Fragen, würde sie eine Annäherung mit kleinen Schritten an Investitions- und Wettbewerbsabkommen akzeptieren. Verhandlungswillige Staaten sollten nicht von anderen blockiert werden. Eine plurilaterale Annäherung außerhalb des Single-Undertaking wäre für die FTA eine realistische Option, sofern alle WTO-Mitglieder die Möglichkeit haben, den Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt beizutreten und die Verhandlungen mit einer Mindestanzahl an Staaten beginnen, die einen wesentlichen Teil des Welthandels repräsentieren.

Die FTA unterstreicht, dass Investitionen und Wettbewerb auf der Verhandlungs-Agenda verbleiben müssen. Die Bereitschaft, diese beiden Themen abzutrennen sollte keinesfalls dahingehend interpretiert werden, dass die FTA bereit ist, die Themen von der aktuellen Agenda fallen zu lassen. Mit Abschluss der DDA erwartet der europäische Handel zumindest einen Rahmen, der das weitere Verfahren festlegt und der mit den Ländern abgestimmt wurde, die an entsprechenden Abkommen interessiert sind. Daher fordert die FTA die EU auf, informelle Konsultationen mit anderen WTO-Staaten aufzunehmen, um interessierte Parteien zu identifizieren.

Das langfristige Ziel sollten jedoch multilaterale Abkommen zu Investitionen und Wettbewerb sein. Die GATT Verhandlungen dienen als gutes Beispiel: eine kleine Gruppe von Staaten nahm Verhandlungen auf, weitere Staaten traten der GATT-„Gemeinschaft“ bei, um von den Errungenschaften zu profitieren.

Landwirtschaft

Der Erfolg der DDA hängt zu einem großen Teil von der grundlegenden Liberalisierung des Agrarhandels ab, der Schlüsselfrage für Entwicklungsländer. Besonders die Industriestaaten müssen zur Erzielung eines ausgeglichenen Verhältnisses Reformen vornehmen.

Die FTA bedauert sehr, dass die EU selbst nach den sehr kontroversen Diskussionen vor Cancun und dem katastrophalen Ergebnis der Ministerkonferenz, immer noch nicht das Bedürfnis für mehr Flexibilität in ihrer Position zum Thema Landwirtschaft sieht. Ohne Zweifel hat die EU einige Bemü-

hungen erkennen lassen, über ihr ursprünglich geplantes Angebot hinaus zu gehen. Aber die Vergangenheit hat deutlich gemacht, dass hinreichende Gründe bestehen, noch weiter zu gehen.

Die oben erwähnte Kommunikation der EU enthält den folgenden Absatz:

„Die EU hat sich ihrerseits – häufig sogar mehrfach – sowohl vor als auch nach Cancun in allen wichtigen Fragen, von denen viele vor dem Hintergrund der europäischen Interessen sehr sensibel sind, vorwärts bewegt. Sie sollte dies auch weiterhin tun.“

Dies darf nicht nur eine Worthülse bleiben. Sonst wird die Unbeweglichkeit der EU beim Thema Landwirtschaft die dringend erforderliche Liberalisierung in anderen Bereichen wie NAMA oder Handel mit Dienstleistungen bremsen.

Die FTA vertritt die Auffassung, dass die europäische Landwirtschaftspolitik immer noch protektionistische Züge aufweist und den Handel mit Agrarprodukten stark beeinträchtigt. Zudem belastet sie unnötig europäische Konsumenten und Steuerzahler. Sie hat darüber hinaus überaus negative Auswirkungen auf die Exportmöglichkeiten vieler EL.

Die EU muss den Agrarsektor durch folgende Maßnahmen dem internationalen Wettbewerb aussetzen:

- ➔ Weitere Zollsenkungen zur Verbesserung des Marktzugangs
- ➔ Abschaffung und Untersagung jeglicher Formen handelsbeeinträchtigender Exportsubventionen (nicht nur für Produkte, die von besonderem Interesse für EL sind, wie die EU es momentan anbietet)
- ➔ Einschneidende Herabsetzung der nationalen Subventionen an Landwirte, sofern sie zu Überproduktion führen und den Handel beeinträchtigen
- ➔ Ausklammerung von Themen, die keinen Bezug zum Handel haben (z.Bsp. Tierschutz) und lediglich zur Schaffung neuer Handelsbarrieren geeignet sind

Andere wichtige Themen

Trotz der Konzentration auf die großen DDA-Themen hat der europäische Handel andere wichtige Bereiche auf der Agenda nicht aus den Augen verloren:

Europäische Importeure sowie EL fordern für die Zukunft strengere Vorschriften für die Einleitung von **Anti-Dumping-Verfahren**. Die WTO sollte als Kontrollorgan die Anstrengung von Handelschutzinstrumenten strenger überwachen, um den Missbrauch von Anti-Dumping-Maßnahmen aus protektionistischen Gründen zu verhindern.

Daneben fordert die FTA mehr Transparenz in Anti-Dumping-Verfahren. Alle Parteien sollten verpflichtet werden, eine nicht-vertrauliche Fassung ihrer Dokumente bei der Eröffnung neuer Verfahren zu hinterlegen, um europäischen Händlern die Teilnahme an den Verfahren zu vereinfachen.

Obwohl das geltende **Streitbeilegungsabkommen (DSU)** das Streitbeilegungssystem für Handelsstreitigkeiten erheblich weiterentwickelt hat, ist die FTA der Überzeugung, dass weiterhin einige Änderungen am DSU vorgenommen werden müssen, um es noch effizienter zu gestalten.

Ein wichtiger Schritt wäre eine höhere Transparenz der laufenden Verfahren. Weitere Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Schäden durch illegale Maßnahmen zu verringern und die Wirksamkeit des Abkommens zu erhöhen. Da die EL oft genug nicht in der Lage sind, sich angemessen gegen Anti-Dumping-Maßnahmen zu verteidigen, sollten sie die Möglichkeit bekommen, sich besser über die Auswirkungen von Dumping zu informieren. Dies würde auch zu mehr Rechtssicherheit führen und die Kompetenzen von Exporteuren wie Importeuren erhöhen.

Die FTA begrüßt die Entscheidung der EU, das Thema Sozialstandards nicht mehr auf WTO-Ebene zu thematisieren. Andere Foren, einschließlich internationaler Institutionen wie der ILO und der Weltbank, sind weitaus besser geeignet, sich mit den sozialen Auswirkungen der Globalisierung zu befassen.

März 2004